

Bericht und Antrag

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
(10. Ausschuß)

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes
zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft
(Bundeswaldgesetz)
— Drucksache 7/889 —

A. Problem

In der Bundesrepublik Deutschland ist das Forstrecht nur in den Grundzügen einheitlich gestaltet. Die meisten Flächenstaaten haben in den letzten Jahren Landesforstgesetze erlassen oder novelliert, in einigen gelten aber weiterhin nur Teilregelungen. Dieses Forstrecht bedarf einer gewissen Vereinheitlichung, um die Vielfalt der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes zu sichern, die Förderung der Forstwirtschaft gesetzlich zu verankern und einen Ausgleich zwischen dem Interesse der Allgemeinheit und den Belangen der Waldbesitzer herbeizuführen.

B. Lösung

Der Gesetzentwurf faßt den wesentlichen Gehalt des deutschen Forstrechts unter Beachtung künftiger Erfordernisse zusammen und fußt dabei auf der Gesetzgebungskompetenz des Bundes für

- das Bürgerliche Recht (Regelung des Eigentums),
- die Förderung der forstwirtschaftlichen Erzeugung,
- das Bodenrecht,
- die Luftreinhaltung und die Lärmbekämpfung,

gemäß Artikel 74 Nummern 1, 17, 18 und 24 des Grundgesetzes. Unter Berücksichtigung des föderativen Aufbaus der Bundesrepublik und der unterschiedlichen forstlichen Verhältnisse in

den einzelnen Ländern enthält der Entwurf im wesentlichen nur Vorschriften, die für bestimmte Bereiche Mindestnormen aufstellen und den Rahmen für weitere landesrechtliche Regelungen geben. Der Entwurf sieht erstmals einheitliche Vorschriften über die forstliche Rahmenplanung und über die Sicherung der Funktionen des Waldes bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen vor sowie Bestimmungen über die Erhaltung und Bewirtschaftung des Waldes, die Erstaufforstung und den Schutzwald. Von allgemeinem Interesse ist die bundeseinheitliche Regelung für das Betreten des Waldes zu Erholungszwecken.

C. Alternativen

keine

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

D. Kosten

Der Bund beteiligt sich an der finanziellen Förderung der Forstwirtschaft durch besondere Finanzhilfen sowie nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nach Maßgabe des Rahmenplanes und der verfügbaren Haushaltsmittel. Den Ländern und gegebenenfalls auch den sonstigen Gebietskörperschaften können Aufwendungen für Förderungsmaßnahmen, Entschädigungen und den Ersatz von Aufwendungen entstehen.

A. Bericht der Abgeordneten Lemp und Kiechle

Der Entwurf wurde in der 57. Sitzung am 18. Oktober 1973 vom Deutschen Bundestag an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend sowie an den Innenausschuß zur Mitberatung und an den Haushaltsausschuß gemäß § 96 der Geschäftsordnung überwiesen. Der Sportausschuß und der Finanzausschuß haben gutachtlich zu ihm Stellung genommen.

Der Innenausschuß hat sich in seinen Sitzungen am 8. Mai und 25. September 1974, der Sportausschuß in seiner Sitzung am 20. März 1974, der Finanzausschuß in seiner Sitzung am 11. Juni 1974 mit dem Entwurf befaßt. Der federführende Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat am 5. November 1973 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen und Verbandsvertretern zu dem Entwurf durchgeführt. Er hat in seinen Sitzungen am 16. Januar, 13. und 21. Februar, 24. April, 16. Mai und 16. Oktober 1974 den Entwurf eingehend beraten.

Der Haushaltsausschuß wird seinen Bericht nach § 96 der Geschäftsordnung gesondert erstatten.

I. Allgemeines

Bei dem Entwurf geht es um folgendes: Die gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen für Wald und Forstwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland befriedigen nicht. Das Forstrecht ist nur in den Grundzügen einheitlich gestaltet. Zwar haben einige Länder in den letzten Jahren Landesforstgesetze erlassen oder ihr Forstrecht novelliert. Andere besitzen jedoch nur Teilregelungen, die insgesamt einer Vereinheitlichung bedürfen. Die Bundesregierung hat diesen Entwurf in Vollzug ihres Umweltprogramms vorgelegt, um auf der Grundlage des Artikels 74 Nr. 1 (Bürgerliches Recht — Regelungen des Eigentums), Nr. 17 (Förderung der forstwirtschaftlichen Erzeugung), Nr. 18 (Bodenrecht) und Nr. 24 (Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung) des Grundgesetzes das Forstrecht der Bundesrepublik neu zu ordnen und die Vielfalt der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes zu sichern. Mit dem Entwurf soll die Förderung der Forstwirtschaft gesetzlich verankert werden und ein Ausgleich zwischen dem Interesse der Allgemeinheit am Wald und den Belangen der Waldbesitzer herbeigeführt werden. Wenn auch wegen der Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes und des föderativen Aufbaus der Bundesrepublik sowie mit Rücksicht auf die unterschiedlichen forstlichen Verhältnisse in den einzelnen Regionen im wesentlichen nur Vorschriften erlassen werden, die für bestimmte Bereiche Mindestnormen aufstellen und den Rahmen für weitere landesrechtliche Regelungen abstecken, wird mit dem Gesetzentwurf doch ein zumindest in den Grundzügen einheitliches Forstrecht für das Bundes-

gebiet geschaffen. Es kann auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine geeignete Grundlage für eine Koordinierung der Forstpolitik der Mitgliedstaaten abgeben.

Mit dem Bundeswaldgesetz wird unmittelbar

- über den Bestand von fast 3/10 der Fläche des Bundesgebietes (29 v. H. des Bundesgebietes sind bewaldet),
- über die Existenzgrundlage oder teilweise Existenzgrundlage von mehr als einer Million Bundesbürgern, die im Wald tätig sind oder Wald besitzen, und
- über ein Bruttosozialprodukt von augenblicklich mehr als 40 Mrd. DM im Bereich der Forst- und Holzwirtschaft

entschieden.

Hervorzuheben sind insbesondere aber Auswirkungen auf die natürlichen Lebensgrundlagen der gesamten Bevölkerung, also auf die Umwelt und die Erholung. Daher liegen dem Gesetz folgende Ziele zugrunde:

- Die Forstwirtschaft soll trotz aller natur- und strukturbedingten Nachteile weiterhin zu angemessenen wirtschaftlichen Bedingungen für die Forstbetriebe und die im Wald Beschäftigten in höchstmöglicher Menge und Qualität den unentbehrlichen und umweltfreundlichen Rohstoff Holz produzieren.
- Dabei sollen die vielseitigen positiven Umweltschutz-Leistungen des Waldes quantitativ und qualitativ zumindest erhalten, möglichst aber noch verbessert werden.
- Der Wald soll mehr noch als bisher allen Teilen der Bevölkerung als Lebensraum zugänglich gemacht werden, damit diese sich hier weitgehend ungestört von der Belastung des Alltags erholen können.

Diese drei Ziele und die Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung sind harmonisch und untrennbar miteinander verzahnt: die Erhaltung des Waldes ist Voraussetzung für die Gewährleistung seiner Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen. In einem dichtbevölkerten und stark industrialisierten Land wie der Bundesrepublik ist die Beanspruchung des Waldes durch externe Bereiche sehr groß und das biologische Gleichgewicht der Natur ist gestört.

Die Walderhaltung kann daher durch vorbeugende Schutzmaßnahmen allein nicht mehr gesichert werden. Sie muß auch durch die staatliche Förderung der Forstwirtschaft gewährleistet werden. Dies zu erreichen, ist Ziel des Entwurfs. Er läßt den Ländern genügend Spielraum für den regionalen Verhältnissen angepaßte Regelungen.

Im einzelnen sieht der Gesetzentwurf außer der Bestimmung des Gesetzeszwecks und der Definition des Waldes, der Waldeigentumsarten und des Waldbesitzers Vorschriften über die forstliche Rahmenplanung und über die Sicherung der Funktion des Waldes bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen vor sowie Regelungen über die Erhaltung und Bewirtschaftung des Waldes und die Erstaufforstung, die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse und Vorschriften über die Förderung der Forstwirtschaft und über die Entschädigung von Beschränkungen des Eigentums und von sonstigen Vermögensnachteilen. Die Bestimmungen über den Ersatz bestimmter Aufwendungen sollen den Ausgleich zwischen öffentlichem Interesse und den Belangen des Waldbesitzers herstellen. Die mit dem Gesetz über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse vom 1. September 1969 (BGBl. I S. 1543), geändert durch Gesetz vom 6. September 1973 (BGBl. I S. 1305), vorgeweggenommenen Regelungen werden mit gewissen Ergänzungen in den Entwurf einbezogen.

Die Beratungen hatten folgende Schwerpunkte:

1. Die im Entwurf vorgesehene Regelung des Reitens im Walde (§ 12 Abs. 2) ist auf Widerstand bei Freizeit- und Sportreitern gestoßen, da diese Personengruppen hierin ein faktisches Reitverbot im Walde sahen. Der Sportausschuß hat in seiner gutachtlichen Stellungnahme beschlossen, der Entwurf müsse die Möglichkeiten zum Reiten im Walde auch dann gewährleisten, wenn auf freiwilliger Basis nicht erreichbar sei, daß eine Befugnis zum Reiten erteilt werde oder Wege oder sonstige Flächen hierfür bestimmt würden; die Ausweisung oder die Anlage von Reitwegen müsse ermöglicht werden, wobei eine Störung der Erholungsuchenden und der sonst im Wald Sport treibenden Bevölkerung, der wildlebenden Tiere und eine Schädigung des Waldes zu vermeiden seien. Die Wälder, die im Eigentum der öffentlichen Hand stehen einschließlich ihrer privaten Wege, sollten bevorzugt dem Reitsport zur Verfügung stehen. Der federführende Ausschuß hat für diesen Fragenkreis die unten zu erörternde, von der Mehrheit getragene Kompromißlösung, die vom Entwurf abweicht, gefunden. Die CDU/CSU-Fraktion im Ausschuß konnte sich mit ihrem Lösungsvorschlag, der gleichfalls unten unter II. (§ 12) erörtert wird, nicht durchsetzen.
2. Zweiter Schwerpunkt waren die Regelungen der Finanzhilfen des Bundes. Hier ist vorgeschlagen worden, die finanzielle Förderung der Forstwirtschaft über den Rahmen der Beteiligung des Bundes nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ hinaus durchzuführen, indem Finanzhilfen nach Maßgabe der im Bundeshaushalt hierfür bereitgestellten Mittel den Ländern unmittelbar gewährt werden sollen. Auch insoweit ist bei den Ausschlußberatungen eine Kompromißlösung gefunden worden.

Wegen der Einzelheiten der vorgeschlagenen Regelungen wird auf die sehr eingehende und umfangreiche Begründung des Regierungsentwurfs verwiesen.

II. Zu einzelnen Vorschriften

Soweit bei den Ausschlußberatungen unwesentliche redaktionelle sowie sonstige Änderungen beschlossen worden sind, die der Bundesrat vorgeschlagen und die die Bundesregierung akzeptiert hat, erübrigen sich nähere Ausführungen. In folgenden Punkten sind jedoch gegenüber dem Regierungsentwurf wesentliche Änderungen beschlossen oder eine einhellige Meinung des Ausschusses als gesetzgeberischer Wille gebildet worden:

Zu § 1

Die vom Ausschuß beschlossene Fassung verdeutlicht den Inhalt des vom Entwurf gewählten Begriffs „Nutzungsfähigkeit von Naturgütern“ und erleichtert das Abwägen der verschiedenen Funktionen des Waldes gegenüber anderen Forderungen in der Rahmenplanung (§§ 5 bis 7) sowie im Zusammenhang mit den Vorschriften über die Erhaltung und Bewirtschaftung des Waldes und die Erstaufforstung (§§ 8 bis 12 des Entwurfs).

Zu § 2

Der Ausschuß folgte in Absatz 2 der Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates.

Zu § 3

In Absatz 2 ist der Ausschuß der Stellungnahme des Bundesrates gefolgt. Da aber der Kreis der in diesem Zusammenhang zu berücksichtigenden kirchlichen Rechtsträger noch nicht vollständig erfaßt worden wäre, sind hinter „Wald von Religionsgemeinschaften“ die Worte „und deren Einrichtungen“ eingefügt worden.

Zu § 5

In Absatz 3 Nr. 4 hat der Ausschuß aufgrund der Stellungnahme des Bundesrates zur Verdeutlichung einen Satz 2 angefügt.

Zu Nummer 6 a. a. O. war der Ausschuß der Auffassung, daß bei der forstlichen Rahmenplanung sowohl forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse gebildet und, soweit erforderlich, auch die Zusammenlegung von Grundstücken angestrebt werden sollten. Dementsprechend hat er im letzten Satzteil das Wort „oder“ durch die Worte „und, soweit erforderlich“, ersetzt.

Zu § 6

In Absatz 1 folgte der Ausschuß der Stellungnahme des Bundesrates, hat aber in Satz 3 die Worte „und deren Zusammenschlüsse“ angefügt, um klarzustellen, daß bei der Aufstellung der forstlichen Rahmenpläne nicht nur die beteiligten einzelnen Wald- und sonstigen Grundbesitzer recht-

zeitig zu unterrichten und anzuhören sind, sondern auch diese Personenmehrheiten.

Zu § 7

Durch die Ersetzung von „rechtzeitig“ durch „bereits bei der Vorbereitung der Planungen und Maßnahmen“ in Nummer 2 soll der Begriff „rechtzeitig“ präzisiert werden.

Zu § 8

Durch die Ergänzung in Absatz 3 sollen insbesondere landesrechtliche Regelungen, vor allem in Süddeutschland, die zugunsten des Waldes einen strengeren Maßstab anlegen, unberührt bleiben.

Zu § 11

In Absatz 2 konnte der Ausschuß entgegen dem Entwurf kein bestimmtes Verwaltungsverfahren vorschreiben, da sich die Verabschiedung des Verwaltungsverfahrensgesetzes (Drucksache 7/910), das bundesgesetzlich ein Verwaltungsverfahren regelt, verzögert hat. Es erschien nicht zweckmäßig, im Bundeswaldgesetz ein besonderes Verwaltungsverfahren für die Ausweisung von Schutz- und Erholungswald (§§ 11 und 11 a des Entwurfs) mit eigenen Verfahrensvorschriften zu schaffen.

Mangels eines einheitlichen förmlichen Verwaltungsverfahrens obliegt den Ländern die Ausgestaltung des Verfahrens für die Erklärung zu Schutz- und Erholungswald. Sobald das Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes jedoch verabschiedet ist, soll das förmliche Verwaltungsverfahren nach § 11 Abs. 2 und § 11 a Abs. 2 bundeseinheitlich gestaltet werden.

Zu § 12

Diese Vorschrift erhebt das Recht zum Betreten des Waldes zum Zwecke der Erholung und auf eigene Gefahr zum Grundsatz.

In Absatz 1 ist der Ausschuß der Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates gefolgt.

Die Regelungen über das Reiten, Fahren usw. in Absatz 2 des Entwurfs hat der Ausschuß in drei Absätze aufgegliedert, von denen sich Absatz 2 (neu) mit dem Fahren, Zelten und Abstellen von Wohnwagen im Wald befaßt, Absatz 2 a mit dem Reiten im Wald, Absatz 2 b mit den landesrechtlichen Vorbehalten zur Regelung weiterer Benutzungsarten und Absatz 2 c mit den Verhaltensregeln für Waldbenutzer.

In Absatz 2 (neu) ist festgelegt, daß das Radfahren und Fahren mit Krankenfahrstühlen im Wald nur auf Straßen und Wegen gestattet ist, dies allerdings ohne besondere Befugnis und ohne besondere Fahrweg-Ausweisung. Für die übrigen in Satz 2 erwähnten Benutzungsarten ist eine besondere Befugnis oder Ausweisung erforderlich. Eine Pflicht zur Erteilung der Befugnis oder zur Ausweisung entsprechender Nutzungsflächen ist für diese Benutzungsarten in Absatz 2 nicht festgelegt. Im Grundsatz ist also Fahren, außer mit Fahrrädern und Kran-

kenfahrstühlen, Zelten und Abstellen von Wohnwagen im Walde nicht gestattet.

Demgegenüber statuiert Absatz 2 a Satz 1 ein Recht zum Reiten im Wald auf Straßen und Wegen. Dabei geht der Ausschuß davon aus, daß diese Flächen tatsächlich als Straßen und Wege angelegt sein müssen. Nicht jede durch den Forstbetrieb bedingte Fahrspur ist daher bereits als Weg in diesem Sinne anzusehen. Satz 2 legt fest, daß in bestimmten Waldgebieten das Reiten auch auf Straßen und Wegen nur insoweit gestattet ist, als hierfür eine besondere Befugnis vorliegt oder Reitwege oder -flächen ausgewiesen sind. Diese Beschränkung gilt für Waldgebiete,

- die in besonderem Maße der Erholung der Bevölkerung dienen,
- in denen durch regelmäßiges oder starkes Reitaufkommen erhebliche Schäden oder erhebliche Beeinträchtigungen von Fußgängern oder Radfahrern entstehen würden oder
- in denen besonders schutzbedürftige Tiere in freier Wildbahn leben, insbesondere in Natur- und Wildschutzgebieten.

Die nach Landesrecht zuständige Behörde wird die Waldgebiete festzulegen haben, die diese Einschränkungs Voraussetzungen erfüllen. Um in diesen Gebieten gleichwohl den berechtigten Interessen der Freizeit- und Sportreiter Rechnung zu tragen, macht es Satz 2 zweiter Halbsatz den nach Landesrecht zuständigen Behörden zur Pflicht, bei einem Bedarf an Reitwegen auf die Waldbesitzer, deren Zusammenschlüsse, die Gemeinden und sonstigen Planungsträger einzuwirken, daß Reitwege zur Verfügung gestellt oder, falls dies nicht möglich ist, angelegt werden. Durch diese Regelung wird die Sozialpflichtigkeit des Waldeigentums im Hinblick auf die reiterliche Benutzung des Waldes ausgeprägt. Durch die an die Reiter gestellten Verhaltensanforderungen nach Absatz 2 c in der Fassung der Ausschußbeschlüsse und die dort festgelegte Verursacherhaftung ist sichergestellt, daß die Eigentumsgarantie des Artikels 14 des Grundgesetzes gewährleistet bleibt. Das Recht zum Reiten im Wald nach Absatz 2 a kann also nur im Zusammenhang mit den Grundsatzzvorschriften des Absatzes 1 und den Verhaltensanforderungen nach Absatz 2 c gesehen werden.

Absatz 2 b ermächtigt die Länder, weitere vom Bundeswaldgesetz nicht erfaßte Benutzungsarten des Waldes entsprechend den regionalen Gegebenheiten zu regeln.

Absatz 2 c grenzt die berechtigten Interessen der Waldbesitzer einerseits und der Waldbenutzer andererseits voneinander ab und stellt Verhaltensvorschriften für die Waldbenutzer auf. Dabei ist es selbstverständlich, daß die Verhaltensanforderungen nicht nur für die Waldbenutzer gelten, die zur Erholung oder zur sportlichen Betätigung den Wald aufsuchen, sondern auch für andere, die den Wald, sei es zu Recht oder unberechtigt, betreten. Dem folgend gilt die Verursacherhaftung nach Satz 2 auch nicht nur für die mißbräuchliche Rechtsausübung über den Rahmen der Absätze 1 bis 2 a hinaus, sondern erst recht für denjenigen, der für sein

Verweilen im Walde überhaupt kein Betretungsrecht zur Seite hat.

Im übrigen ist die Verursacherhaftung nach Satz 2 eingeführt worden, um dem Waldbesitzer einen Ausgleich für das nach Artikel 14 Abs. 2 des Grundgesetzes hinzunehmende freie Betretungsrecht zu bieten. Nach den Gegebenheiten in der Forstwirtschaft wäre es für den Waldbesitzer meist unmöglich und damit unzumutbar, einen Schädiger nach dem allgemeinen Schadensersatzrecht (§§ 823 ff. BGB) zu belangen, denn dies hätte zur Folge, daß der Waldbesitzer dem Schädiger nicht nur die Verursachung des Schadens, sondern auch sein Verschulden daran nachzuweisen hätte. Die Regelung nach Absatz 2 c setzt demgegenüber lediglich voraus, daß bei Schäden der Waldbesitzer die mißbräuchliche Rechtsausübung und die dadurch bedingte Schadensverursachung dem Schädiger nachzuweisen hat. Der Ausschuß geht mit dieser Regelung von der Erwartung aus, daß das Risiko, für eine bloße Schadensverursachung haftbar gemacht zu werden, die Waldbenutzer anhalten wird, sich im Rahmen ihres Betretungsrechts zu halten und ihr Verhalten dabei den Erfordernissen nach Satz 1 anzupassen.

Absatz 4 ist bei den Ausschlußberatungen im Interesse der Waldbesitzer präzisiert worden. Es ist festgelegt worden, aus welchen Gründen der Waldbesitzer einen Anspruch auf Erteilung der Genehmigung zur Sperrung des Waldes hat. Der Genehmigungsanspruch ist um den Fall erweitert worden, daß die Sperrung des Waldes zur Vermeidung erheblicher Schäden oder zur Wahrung anderer schutzwürdiger Interessen des Waldbesitzers erforderlich ist. Die Ausfüllung dieser Rechtsbegriffe muß der Verwaltungspraxis und der Rechtsprechung vorbehalten bleiben. Der Ausschuß ist davon abgerückt, die Genehmigung an eine Frist zu binden. Er hat festgelegt, daß die Genehmigung zwar widerruflich oder befristet erteilt werden kann, aber nicht mit diesen Einschränkungen erteilt werden muß. Die Regelungen über die Sofortmaßnahmen hat der Ausschuß dahin präzisiert, daß unverzüglich zu treffende Maßnahmen zwar keiner Genehmigung bedürfen, bei einer voraussichtlich über 48 Stunden hinausgehenden Sperrung jedoch die behördliche Genehmigung unverzüglich einzuholen ist.

Die Beschlüsse zu § 12 des Entwurfs sind im federführenden und im mitberatenden Innenausschuß mit Mehrheit gefaßt worden. Die Minderheit hielt demgegenüber folgende Fassung für zweckmäßiger:

„§ 12

Betreten des Waldes

(1) Das Betreten des Waldes zum Zwecke der Erholung ist auf eigene Gefahr gestattet. Ausgenommen sind Forstkulturen, Saatkämpfe, Pflanzgärten, Naturverjüngungen, Dickungen, forst- und jagdwirtschaftliche Einrichtungen sowie Waldflächen während der Durchführung von Forstarbeiten. Durch Landesgesetz können aus wichtigen Gründen der Wald- oder Wildbewirtschaftung weitere Arten von Waldflächen von der Betre-

tungsbefugnis ausgenommen werden; in Ländern mit einer unterdurchschnittlichen Bewaldung der Landesfläche kann das Betreten auf Waldwege aller Art beschränkt werden.

(2) inhaltlich unverändert gegenüber der Ausschlußfassung

(3) Reiten auf öffentlichen Straßen und Wegen im Wald ist gestattet, soweit nicht Regelungen nach dem Straßen- und Wegerecht sowie nach dem Straßenverkehrsrecht entgegenstehen. Auf privaten Waldwegen und auf sonstigen Waldflächen ist das Reiten gestattet, wenn hierfür eine besondere Befugnis vorliegt oder sie hierfür besonders bestimmt sind. Die nach Landesrecht zuständige Behörde soll bei Bedarf darauf hinwirken, daß Wege für das Reiten zur Verfügung gestellt werden; erforderlichenfalls sollen Reitwege in förmlichen Verfahren ausgewiesen werden.

Dem Wandern und Radfahren ist gegenüber dem Reiten der Vorrang einzuräumen.

(4) Abweichend von Absatz 3 Satz 2 können die Länder für bestimmte Waldgebiete das Reiten auf Waldwegen gestatten, wenn dadurch

1. die übrigen Erholungsuchenden nicht unzumutbar beeinträchtigt werden und
2. keine Schäden entstehen.

(5) inhaltlich wie Absatz 2 b der Ausschlußfassung

(6) inhaltlich wie Absatz 2 c a. a. O.

(7) inhaltlich wie Absatz 3 a. a. O.

(8) inhaltlich wie Absatz 4 a. a. O.

(9) inhaltlich wie Absatz 5 a. a. O.“

Die Mehrheit im Ausschuß vermochte sich vor allem im Hinblick auf das von ihr geforderte grundsätzliche Recht zum Reiten im Walde, und zwar im Privatwald ebenso wie in den Wäldern der öffentlichen Hand, den Vorstellungen der Minderheit nicht anzuschließen.

Zu § 15

Die Vorschrift ist zunächst kumulativ gefaßt worden. Hinsichtlich der Wirtschaftspläne ist dies begründet, nicht jedoch hinsichtlich der Betriebspläne oder der Betriebsgutachten, da Betriebsgutachten nur als vereinfachte Betriebspläne anzusehen sind. Der Ausschuß hat daher eine alternative Fassung gewählt.

Zu § 16

Nach der nunmehr gefestigten höchstrichterlichen Rechtsprechung bedeutet die satzungsmäßige Regelung der Verhängung von Strafen gegen Vereinsmitglieder immer Ausübung der Ordnungsstrafgewalt des Vereins, nie jedoch Vertragsstrafe oder Schadensersatzbegehren. Dieser Rechtsentwicklung wird in Absatz 1 Nr. 3 Buchstabe d Rechnung getragen.

Anders als in einer Vereinssatzung ist es dagegen in einem Gesellschaftsvertrag einer Kapitalgesellschaft möglich, die Verhängung von Vertragsstrafen vorzusehen, so daß dieser Begriff in der angeführten Vorschrift erhalten bleibt.

Zu § 35

In Absatz 2 hat der Ausschuß eine Aufgabenerweiterung der forstwirtschaftlichen Vereinigungen dahin vorgenommen, daß diese sich auch an der forstlichen Rahmenplanung nach den §§ 5 ff. des Gesetzes beteiligen können.

Zu § 36

Im Rahmen des Absatzes 2 besteht kein sachlicher Grund dafür, daß einzelne Grundbesitzer, die nicht Mitglied einer Forstbetriebsgemeinschaft oder eines Forstbetriebsverbandes sein können, nur bei Gründung einer forstwirtschaftlichen Vereinigung aufgenommen werden können. Vielmehr soll diesen Grundbesitzern von der landesrechtlich zuständigen Behörde jederzeit die Möglichkeit eröffnet werden, der Forstwirtschaftlichen Vereinigung beizutreten.

Zu § 39

In Absatz 2 Satz 2 sind — dem Bundesrat folgend — die Verkehrspolitik sowie die Sozialpolitik über den Entwurf hinaus als Mittel zur Förderung der Forstwirtschaft aufgenommen worden. In Absatz 3 Satz 1 ist festgelegt worden, daß im jährlichen Agrarbericht der Bundesregierung auch über die Struktur der Holzwirtschaft des Bundesgebietes neben den im Entwurf vorgesehenen Berichtsgegenständen informiert wird, weil die Lage und Entwicklung der Forstwirtschaft eng mit der Struktur der (weiterverarbeitenden) Holzwirtschaft zusammenhängt und ohne deren Einbeziehung ein unvollständiges Bild entstünde. Die zunehmende Bedeutung der Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes und die sich daraus ergebenden Belastungen sowohl für die Waldbesitzer wie aber auch für den Naturhaushalt, machen es nach Auffassung des Ausschusses notwendig, gemäß Satz 2 a. a. O. diese Belastungen in den Agrarbericht einzubeziehen, um auch insofern dort ein möglichst vollständiges Bild über die Lage der Forstwirtschaft zu erhalten.

In Absatz 4 hat der Ausschuß klargestellt, daß sich der Bund an der finanziellen Förderung der Forstwirtschaft außer nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ auch mit den Finanzhilfen nach § 39 a in der Fassung der Ausschlußbeschlüsse beteiligt.

Zu § 39 a

Der Regierungsentwurf sah lediglich eine Finanzierung der Förderung der Forstwirtschaft nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vor. Nach Auffassung des Ausschusses wäre eine solche Regelung der Tatsache nicht gerecht geworden, daß die Forstwirtschaft hinsichtlich der Sozialpflichtigkeit

des Eigentums besondere Leistungen zu erbringen hat. Deshalb sind über dieses Gesetz hinaus in § 39 a Finanzhilfen des Bundes gemäß Artikel 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes vorgesehen. Dabei sind die Länder frei, über die vom Bund geförderten Maßnahmen hinaus auch ihrerseits mit Landesmitteln gleichartige Maßnahmen zu fördern. Bei den vom Ausschuß einstimmig beschlossenen Finanzhilfen des Bundes werden im Rahmen der mittelbaren Förderung die Mittel den Ländern vom Bund zur Verfügung gestellt und nicht dem einzelnen Waldbesitzer. Die Länder müssen sie aber für Investitionen in den in Satz 2 aufgezählten Bereichen verwenden; sonstige finanzielle Förderungsmaßnahmen für die Forstwirtschaft, etwa die Übernahme eines Teiles der Waldbrandversicherung durch den Bund, kommt im Rahmen dieser Vorschrift nicht in Betracht.

Die Minderheit im Ausschuß hatte sich zunächst für eine weitergehende Regelung der Förderung der Forstwirtschaft mit Mitteln des Bundes durch die Länder ausgesprochen. Neben der Förderung im Rahmen der genannten Gemeinschaftsaufgabe sollten den Ländern „für Investitionen, die von den Ländern aufgrund ihrer Forstgesetze oder ihrer forstlichen Programme gefördert werden“ nach Maßgabe der im Bundeshaushalt bereitgestellten Mittel Finanzhilfen gewährt werden, wobei Einzelheiten „insbesondere die Arten der zu fördernden Investitionen, die Verwendung der Zuwendungen und ihr Nachweis“ durch Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern geregelt werden sollten. Eine Begrenzung der Finanzhilfe des Bundes auf 50 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten (vgl. § 39 b) sah dieser Vorschlag nicht vor. Gleichwohl hat die Minderheit den von der Mehrheit vorgeschlagenen Regelungen der §§ 39 a bis 39 d zugestimmt, weil während der Ausschlußberatungen seitens der Bundesregierung klargestellt wurde, daß die Länder frei sind, über die vom Bund geförderten Maßnahmen hinaus auch ihrerseits mit Landesmitteln gleichartige Investitionsmaßnahmen zu fördern.

Zu § 39 b

Die Vorschrift stellt klar, daß über die Finanzhilfe des Bundes Investitionsmaßnahmen nur bis zu 50 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten, und auch diese nur nach Maßgabe der im Bundeshaushalt bereitgestellten Mittel finanziert werden können. Die restlichen 50 v. H. der Mittel können solche der Länder, des Kapitalmarkts oder des einzelnen Waldbesitzers sein.

Zu § 39 c

Diese Vorschrift stellt die Grundsätze für die Verwendung der Finanzhilfen auf. Sie sollen sicherstellen, daß die Bundesmittel nur für mittel- und langfristige Programme zum Schutz und zur Erhaltung des Waldes Verwendung finden, wobei diese Programme mit den voraussichtlich zur Verfügung stehenden Mitteln abgestimmt sein müssen.

Zu § 39 d

Diese Vorschrift stellt klar, daß die Finanzhilfen des Bundes nach § 39 a Zuwendungen im Sinne der

Bundeshaushaltsordnung sind, deren zweckentsprechende Verwendung die Länder dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nachzuweisen haben.

Zu § 40

Durch die Einfügung des § 11 a war die Einbeziehung der Erklärung zu Erholungswald in die Entschädigungsregelung nach Absatz 1 vorzunehmen.

Zu § 46

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Anfügung eines Absatzes 2 ist inzwischen hinfällig geworden, weil § 7 des Bundeskindergeldgesetzes durch Arti-

kel 2 Nr. 6 des Einkommensteuerreformgesetzes vom 5. August 1974 (BGBl. I S. 1769) aufgehoben worden ist.

Zu § 48

Infolge des großen zeitlichen Umfanges der Beratung in den beteiligten Ausschüssen wurde der Zeitpunkt des Inkrafttretens auf den 1. Januar 1975 festgesetzt.

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bittet das Hohe Haus, dem Gesetzentwurf — Drucksache 7/889 — in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung zuzustimmen und die zur Vorlage eingegangene Petitionen für erledigt zu erklären.

Bonn, den 5. November 1974

Lemp

Kiechle

Berichterstatter

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Gesetzentwurf — Drucksache 7/889 — in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen,
2. die zur Vorlage eingegangenen Petitionen für erledigt zu erklären.

Bonn, den 5. November 1974

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dr. Schmidt (Gellersen)

Lemp

Kiechle

Vorsitzender

Berichterstatter

Zusammenstellung

des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes
zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft
(Bundeswaldgesetz)

— Drucksache 7/889 —

mit den Beschlüssen des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten

Entwurf

Beschlüsse des 10. Ausschusses

Entwurf eines Gesetzes zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz)

Entwurf eines Gesetzes zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundes-
rates das folgende Gesetz beschlossen:

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundes-
rates das folgende Gesetz beschlossen:

Erstes Kapitel

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Gesetzeszweck

Zweck dieses Gesetzes ist insbesondere,

1. den Wald wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) und wegen seiner Bedeutung für den Naturhaushalt, die *Nutzungsfähigkeit von Naturgütern*, die Agrar- und Infrastruktur sowie die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine *geordnete* Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern,
2. die Forstwirtschaft zu fördern und
3. einen Ausgleich zwischen dem Interesse der Allgemeinheit und den Belangen der Waldbesitzer herbeizuführen.

§ 2

Wald

(1) Wald im Sinne dieses Gesetzes ist jede mit Forstpflanzen bestockte Grundfläche. Als Wald gelten auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen, Waldwege, Waldeinteilungs- und Sicherungstreifen, Waldblößen und Lichtungen, Waldwiesen, Wildäsnungsplätze, Holzlagerplätze sowie weitere mit dem Wald verbundene und ihm dienende Flächen.

Erstes Kapitel

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Gesetzeszweck

Zweck dieses Gesetzes ist insbesondere,

1. den Wald wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) und wegen seiner Bedeutung für **die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild**, die Agrar- und Infrastruktur **und** die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine **ordnungsgemäße** Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern,
2. **unverändert**
3. **unverändert**

§ 2

Wald

(1) **unverändert**

Entwurf

(2) In der Flur oder im bebauten Gebiet gelegene kleinere Flächen, die mit einzelnen Baumgruppen, Baumreihen, Hecken, Weihnachtsbaum- oder Schmuckreisigkulturen bestockt sind *oder als Baumschulen verwendet werden*, sowie mit Forstpflanzen bestockte, zum Wohnbereich gehörende Parkanlagen sind nicht Wald im Sinne dieses Gesetzes.

(3) Wald sind ferner sonstige Grundflächen, die nach Landesrecht als Wald angesehen werden oder ihm gleichstehen.

§ 3

Waldeigentumsarten

(1) Staatswald im Sinne dieses Gesetzes ist Wald, der im Alleineigentum des Bundes oder eines Landes steht, sowie Wald im Miteigentum eines Landes, soweit er nach landesrechtlichen Vorschriften als Staatswald angesehen wird.

(2) Körperschaftswald im Sinne dieses Gesetzes ist Wald, der im Alleineigentum der Gemeinden, der Gemeindeverbände, der Zweckverbände und der Anstalten, Stiftungen und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts steht; ausgenommen ist der Wald von Religionsgemeinschaften sowie von Hauberggenossenschaften, Markgenossenschaften, Gehöferschaften und ähnlichen Gemeinschaften, soweit er nicht nach landesrechtlichen Vorschriften als Körperschaftswald angesehen wird.

(3) Privatwald im Sinne dieses Gesetzes ist Wald, der weder Staatswald noch Körperschaftswald ist.

§ 4

Waldbesitzer

Waldbesitzer im Sinne dieses Gesetzes sind der Waldeigentümer und der Nutzungsberechtigte, sofern dieser unmittelbarer Besitzer des Waldes ist.

Zweites Kapitel

Erhaltung des Waldes

ABSCHNITT I

Forstliche Rahmenplanung und Sicherung der Funktionen des Waldes bei Planungen und Maßnahmen von Trägern öffentlicher Vorhaben

§ 5

Aufgaben und Grundsätze der forstlichen Rahmenplanung

(1) Die forstliche Rahmenplanung im Sinne dieses Gesetzes dient der Ordnung und Verbesserung der

Beschlüsse des 10. Ausschusses

(2) In der Flur oder im bebauten Gebiet gelegene, kleinere Flächen, die mit einzelnen Baumgruppen, Baumreihen **oder mit** Hecken bestockt sind, **in der Flur oder im bebauten Gebiet gelegene** Weihnachtsbaum-, Schmuckreisigkulturen und Baumschulen sowie mit Forstpflanzen bestockte, zum Wohnbereich gehörende Parkanlagen sind nicht Wald im Sinne dieses Gesetzes.

(3) **unverändert**

§ 3

Waldeigentumsarten

(1) **unverändert**

(2) Körperschaftswald im Sinne dieses Gesetzes ist Wald, der im Alleineigentum der Gemeinden, der Gemeindeverbände, der Zweckverbände **sowie** sonstiger Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts steht; ausgenommen ist der Wald von Religionsgemeinschaften **und deren Einrichtungen**, sowie von **Realverbänden**, Hauberggenossenschaften, Marktgenossenschaften, Gehöferschaften und ähnlichen Gemeinschaften **(Gemeinschaftsforsten)**, soweit er nicht nach landesrechtlichen Vorschriften als Körperschaftswald angesehen wird.

(3) **unverändert**

§ 4

unverändert

Zweites Kapitel

Erhaltung des Waldes

ABSCHNITT I

Forstliche Rahmenplanung und Sicherung der Funktionen des Waldes bei Planungen und Maßnahmen von Trägern öffentlicher Vorhaben

§ 5

Aufgaben und Grundsätze der forstlichen Rahmenplanung

(1) **unverändert**

Entwurf

Beschlüsse des 10. Ausschusses

Forststruktur und ist darauf gerichtet, die für die Entwicklung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse notwendigen Funktionen des Waldes nach § 1 Nr. 1 zu sichern.

(2) Die Ziele der Raumordnung und Landesplanung sind bei der forstlichen Rahmenplanung zu beachten.

(3) Für die forstliche Rahmenplanung gelten insbesondere folgende Grundsätze:

1. Wald ist nach seiner Fläche und räumlichen Verteilung so zu erhalten oder zu gestalten, daß er die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes möglichst günstig beeinflußt, dem Schutz vor natürlichen oder zivilisatorischen Gefahren dient und der Bevölkerung möglichst weitgehend für die Erholung zur Verfügung steht; zugleich sollen die natürlichen Gegebenheiten, die wirtschaftlichen und sozialen Erfordernisse in den an das Bundesgebiet angrenzenden Räumen soweit wie möglich berücksichtigt werden.
2. Der Aufbau des Waldes soll so beschaffen sein, daß seine Funktionen entsprechend den tatsächlichen Erfordernissen auf die Dauer gewährleistet sind.
3. Auf geeigneten Standorten soll eine nachhaltige, möglichst hohe und hochwertige Holzerzeugung unter Erhaltung oder Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit angestrebt werden, sofern nicht anderen Erfordernissen der Vorrang einzuräumen ist.
4. In Gebieten, in denen die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes von besonderem Gewicht ist, soll Wald für Schutz- oder Erholungszwecke in entsprechender räumlicher Ausdehnung und Gliederung unter Beachtung wirtschaftlicher Belange ausgewiesen werden.
5. Landwirtschaftliche Grenzertragsböden, Brachflächen oder Odland sollen aufgeforstet werden, wenn dies wirtschaftlich und agrarstrukturell zweckmäßig ist und die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes verbessert wird. In Gebieten mit hohem Waldanteil sollen ausreichende Flächen von der Aufforstung ausgenommen werden.
6. Wenn geringe Grundstücksgrößen oder die Gemengelage von Grundstücken verschiedener Besitzer einer rationellen forstwirtschaftlichen Bodennutzung entgegenstehen, sollen forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse gebildet oder die Zusammenlegung von Grundstücken angestrebt werden.

§ 6

Forstliche Rahmenpläne

(1) Zur Sicherung der für die Entwicklung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse notwendigen

(2) unverändert

(3) Für die forstliche Rahmenplanung gelten insbesondere folgende Grundsätze:

1. unverändert

2. unverändert

3. unverändert

4. In Gebieten, in denen die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes von besonderem Gewicht ist, soll Wald für Schutz- oder Erholungszwecke in entsprechender räumlicher Ausdehnung und Gliederung unter Beachtung wirtschaftlicher Belange ausgewiesen werden. **Hierbei sollen geeignete Anlagen und Einrichtungen insbesondere der erholungsgerechten Freizeitgestaltung sowie sonstige Maßnahmen vorgesehen werden.**

5. unverändert

6. Wenn geringe Grundstücksgrößen oder die Gemengelage von Grundstücken verschiedener Besitzer einer rationellen forstwirtschaftlichen Bodennutzung entgegenstehen, sollen forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse gebildet **und, soweit erforderlich**, die Zusammenlegung von Grundstücken angestrebt werden.

§ 6

Forstliche Rahmenpläne

(1) Zur Sicherung der für die Entwicklung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse notwendigen

Entwurf

forstlichen Voraussetzungen sollen die nach Landesrecht zuständigen Behörden forstliche Rahmenpläne für einzelne Waldgebiete oder das Landesgebiet oder Teile davon aufstellen. Dabei sind die nach Landesrecht zuständigen Behörden für Naturschutz und Landschaftspflege sowie andere Träger öffentlicher Belange, deren Interessen durch die forstliche Rahmenplanung berührt werden, rechtzeitig zu unterrichten und anzuhören, soweit nicht nach sonstigen Vorschriften eine andere Form der Beteiligung vorgeschrieben ist. Dies gilt entsprechend für die beteiligten Wald- und sonstigen Grundbesitzer.

(2) Ein forstlicher Rahmenplan muß die Sachverhalte und Erfordernisse, welche die Forststruktur sowie die Funktionen des Waldes gemäß § 1 Nr. 1 betreffen, berücksichtigen.

(3) Die forstlichen Rahmenpläne sollen nach Abstimmung mit den Erfordernissen und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege in die Programme und Pläne nach §§ 5 Abs. 1, 6 Abs. 1 und 7 Abs. 1 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege vom (Bundesgesetzbl. I S.) aufgenommen werden, soweit ihr Inhalt sich hierfür eignet.

§ 7

Sicherung der Funktionen des Waldes bei Planungen und Maßnahmen von Trägern öffentlicher Vorhaben

Die Träger öffentlicher Vorhaben haben bei Planungen und Maßnahmen, die eine Inanspruchnahme von Waldflächen vorsehen oder die in ihren Auswirkungen Waldflächen betreffen können,

1. die Funktionen des Waldes nach § 1 Nr. 1 angemessen zu berücksichtigen;
2. die für die Forstwirtschaft zuständigen Behörden *rechtzeitig* zu unterrichten und anzuhören, soweit nicht nach diesem Gesetz und sonstigen Vorschriften eine andere Form der Beteiligung vorgeschrieben ist.

ABSCHNITT II

Erhaltung und Bewirtschaftung des Waldes, Erstaufforstung

§ 8

Erhaltung des Waldes

(1) Wald darf nur mit Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde gerodet und in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und unter-

Beschlüsse des 10. Ausschusses

forstlichen Voraussetzungen sollen die nach Landesrecht zuständigen Behörden forstliche Rahmenpläne für einzelne Waldgebiete oder das Landesgebiet oder Teile davon aufstellen. Dabei sind die Träger öffentlicher Belange, deren Interessen durch die forstliche Rahmenplanung berührt werden, rechtzeitig zu unterrichten und anzuhören, soweit nicht nach sonstigen Vorschriften eine andere Form der Beteiligung vorgeschrieben ist. Dies gilt entsprechend für die beteiligten Wald- und sonstigen Grundbesitzer **und deren Zusammenschlüsse**.

(2) **unverändert**

(3) **Die raumbedeutsamen Erfordernisse und Maßnahmen der forstlichen Rahmenpläne werden unter Abwägung mit den anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen nach Maßgabe der landesplanungsrechtlichen Vorschriften der Länder in die Programme oder Pläne des § 5 Abs. 1 Sätze 1 und 2 und Absatz 3 des Raumordnungsgesetzes aufgenommen.**

§ 7

Sicherung der Funktionen des Waldes bei Planungen und Maßnahmen von Trägern öffentlicher Vorhaben

Die Träger öffentlicher Vorhaben haben bei Planungen und Maßnahmen, die eine Inanspruchnahme von Waldflächen vorsehen oder die in ihren Auswirkungen Waldflächen betreffen können,

1. **unverändert**
2. die für die Forstwirtschaft zuständigen Behörden **bereits bei der Vorbereitung der Planungen und Maßnahmen** zu unterrichten und anzuhören, soweit nicht nach diesem Gesetz und sonstigen Vorschriften eine andere Form der Beteiligung vorgeschrieben ist.

ABSCHNITT II

Erhaltung und Bewirtschaftung des Waldes, Erstaufforstung

§ 8

Erhaltung des Waldes

(1) **unverändert**

Entwurf

Beschlüsse des 10. Ausschusses

einander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist und wenn die nachteiligen Wirkungen der Umwandlung nicht durch Bedingungen oder Auflagen abgewendet oder auf ein erträgliches Maß gemildert werden können. Wird die Umwandlung genehmigt, so ist eine angemessene Frist für ihre Durchführung zu setzen; die Genehmigung erlischt, wenn das Grundstück nach Ablauf der Frist nicht in die andere Nutzungsart umgewandelt ist.

(2) Eine Umwandlung von Wald kann auch für einen bestimmten Zeitraum genehmigt werden; durch Auflagen ist dabei sicherzustellen, daß das Grundstück innerhalb einer angemessenen Frist ordnungsgemäß wieder aufgeforstet wird.

(3) Einer Umwandlungsgenehmigung nach Absatz 1 bedarf es nicht bei Flächen, für die

1. in einem Bebauungsplan auf Grund des Bundesbaugesetzes,
2. auf Grund des Flurbereinigungsgesetzes,
3. auf Grund wasserrechtlicher Vorschriften oder
4. in einem Planfeststellungsverfahren

rechtsverbindlich eine andere Nutzungsart festgesetzt worden ist.

(4) Das Nähere regeln die Länder.

§ 9

Erstaufforstung

(1) Die Erstaufforstung von Flächen bedarf der Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung der Aufforstung entgegenstehen und ihnen nicht durch Auflagen entsprochen werden kann. § 8 Abs. 1 Satz 2 und 4 sowie Abs. 3 gilt entsprechend.

(2) Einer Genehmigung nach Absatz 1 bedarf es nicht bei Flächen, deren Erstaufforstung in rechtsverbindlichen Plänen zugelassen ist oder die in nach Landesrecht ausgewiesenen Aufforstungsgewannen liegen.

(3) Das Nähere regeln die Länder.

§ 10

Bewirtschaftung des Waldes

(1) *Der Waldbesitzer ist verpflichtet, seinen Wald im Rahmen der Zweckbestimmung ordnungsgemäß und nachhaltig zu bewirtschaften. Diese Bewirtschaftung umfaßt die zur Erhaltung des Waldes erforderliche Pflege, die Nutzung sowie die Wiederaufforstung.*

(2) unverändert

(3) Einer Umwandlungsgenehmigung nach Absatz 1 bedarf es **vorbehaltlich anderer Vorschriften des öffentlichen Rechts** nicht bei Flächen, für die

1. unverändert
2. unverändert
3. unverändert
4. unverändert

rechtsverbindlich eine andere Nutzungsart festgesetzt worden ist.

(4) unverändert

§ 9

unverändert

§ 10

Bewirtschaftung des Waldes

Der Wald soll im Rahmen seiner Zweckbestimmung ordnungsgemäß und nachhaltig bewirtschaftet werden. Durch Landesgesetz ist mindestens die Verpflichtung für alle Waldbesitzer zu regeln, kahlgeschlagene Waldflächen oder verlichtete Waldbestände in angemessener Frist

Entwurf

(2) Kahlgeschlagene Waldflächen oder verlichtete Waldbestände *sind*, falls nicht die Umwandlung in eine andere Nutzungsart genehmigt worden oder sonst zulässig ist, in angemessener Frist wieder aufzuforsten oder zu ergänzen, soweit die natürliche Wiederbestockung unvollständig bleibt.

(3) *Das Nähere regeln die Länder. Sie können weitergehende Vorschriften über die Verpflichtung des Waldbesitzers zur Bewirtschaftung des Waldes erlassen.*

§ 11

Schutzwald

(1) Wald kann zu Schutzwald erklärt werden, wenn es zur Abwehr oder Verhütung von Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen *für das Wohl der Allgemeinheit erforderlich* ist. Die Erklärung zu Schutzwald kommt insbesondere in Betracht zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom (Bundesgesetzblatt I S. . . .), Erosion durch Wasser und Wind, Austrocknung, schädliches Abfließen von Niederschlagswasser und Lawinen. § 10 des Bundesfernstraßengesetzes, § 19 Abs. 1 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes und § 13 und § 14 Abs. 2 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege vom (Bundesgesetzbl. I S. . . .) bleiben unberührt.

(2) Die Erklärung zu Schutzwald findet *im förmlichen Verfahren nach den §§ 50 bis 58 des Verwaltungsverfahrensgesetzes* statt.

(3) Einer Erklärung zu Schutzwald nach den Absätzen 1 und 2 bedarf es nicht, wenn die Schutzwaldeigenschaft unmittelbar auf Grund landesrechtlicher Vorschriften gegeben ist.

(4) Ein Kahlhieb oder eine diesem in der Wirkung gleichkommende Lichthauung bedarf im Schutzwald der Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde. Die Genehmigung kann mit Auflagen verbunden werden, soweit dies zur Erhaltung der Funktionen des Waldes erforderlich ist.

(5) Das Nähere zu Absatz 4 regeln die Länder. Sie können durch weitergehende Vorschriften den Waldbesitzer verpflichten, bestimmte Maßnahmen im Schutzwald zu unterlassen oder durchzuführen.

Beschlüsse des 10. Ausschusses

1. wieder aufzuforsten oder
2. zu ergänzen, soweit die natürliche Wiederbestockung unvollständig bleibt,

falls nicht die Umwandlung in eine andere Nutzungsart genehmigt worden oder sonst zulässig ist.

§ 11

Schutzwald

(1) Wald kann zu Schutzwald erklärt werden, wenn es zur Abwehr oder Verhütung von Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen **für die Allgemeinheit notwendig** ist, **bestimmte forstliche Maßnahmen durchzuführen oder zu unterlassen**. Die Erklärung zu Schutzwald kommt insbesondere in Betracht zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom **15. März 1974** (Bundesgesetzbl. I S. **721**), Erosion durch Wasser und Wind, Austrocknung, schädliches Abfließen von Niederschlagswasser und Lawinen. § 10 des Bundesfernstraßengesetzes und § 19 Abs. 1 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes bleiben unberührt.

(2) Die Erklärung zu Schutzwald findet **in einem** förmlichen Verfahren statt.

(3) **unverändert**

(4) **unverändert**

(5) Das Nähere regeln die Länder. Sie können durch weitergehende Vorschriften den Waldbesitzer verpflichten, bestimmte Maßnahmen im Schutzwald zu unterlassen oder durchzuführen.

§ 11 a

Erholungswald

(1) Wald kann zu Erholungswald erklärt werden, wenn es das Wohl der Allgemeinheit erfordert, Waldflächen für Zwecke der Erholung zu schützen, zu pflegen oder zu gestalten.

(2) § 11 Abs. 2 gilt entsprechend.

Entwurf

Beschlüsse des 10. Ausschusses

§ 12

Betreten des Waldes

(1) Das Betreten des Waldes zum Zwecke der Erholung ist auf eigene Gefahr gestattet. Ausgenommen sind Forstkulturen, *Forstdickungen*, Saatkämpfe, Pflanzgärten, Naturverjüngungen, forst- und jagdwirtschaftliche Einrichtungen.

(2) *Reiten*, Fahren, Zelten und Abstellen von Wohnwagen sind im Wald *nur* gestattet, soweit hierfür eine besondere Befugnis vorliegt oder Wege und sonstige Flächen *dazu* besonders bestimmt sind.

§ 12

Betreten des Waldes

(3) Das Nähere regeln die Länder. Sie können insbesondere Vorschriften erlassen über

1. die Bewirtschaftung des Waldes nach Art und Umfang;
2. die Beschränkung der Jagdausübung zum Schutze der Waldbesucher;
3. die Verpflichtung der Waldbesitzer, den Bau, die Errichtung und die Unterhaltung von Wegen, Bänken, Schutzhütten und ähnlichen Anlagen oder Einrichtungen und die Beseitigung von störenden Anlagen oder Einrichtungen zu dulden;
4. das Verhalten der Waldbesucher.

(1) Das Betreten des Waldes zum Zwecke der Erholung ist auf eigene Gefahr gestattet. Ausgenommen sind Forstkulturen, Saatkämpfe, Pflanzgärten, Naturverjüngungen, **Dickungen**, forst- und jagdwirtschaftliche Einrichtungen **sowie Waldflächen während der Durchführung von Forstarbeiten**. Durch Landesgesetz können aus wichtigen Gründen der Wald- oder Wildbewirtschaftung weitere Arten von Waldflächen von der Betretungsbefugnis ausgenommen werden; in Ländern mit einer Bewaldung unter 10 vom Hundert der Landesfläche kann das Betreten auf Waldwege aller Art beschränkt werden.

(2) Das Radfahren und das Fahren mit Krankenfahrrädern im Wald ist nur auf Straßen und Wegen gestattet. Sonstiges Fahren, Zelten und Abstellen von Wohnwagen sind im Wald insoweit gestattet, als hierfür eine besondere Befugnis vorliegt oder Wege oder sonstige Flächen **dafür** besonders bestimmt sind.

(2 a) Das Reiten im Walde ist nur auf Straßen und Wegen gestattet. Abweichend von Satz 1 ist das Reiten in Waldgebieten,

1. die in besonderem Maße der Erholung der Bevölkerung dienen,
2. in denen durch regelmäßiges oder starkes Reitaufkommen erhebliche Schäden oder erhebliche Beeinträchtigungen von Fußgängern oder Radfahrern entstehen würden oder
3. in denen besonders schutzbedürftige Tiere in freier Wildbahn leben, insbesondere in Natur- und Wildschutzgebieten,

insoweit gestattet, als hierfür eine besondere Befugnis vorliegt oder Wege oder sonstige Flächen **dafür** bestimmt sind; die nach Landesrecht zuständige Behörde hat bei Bedarf bei den Waldbesitzern oder deren Zusammenschlüssen sowie den Gemeinden und den sonstigen Planungsträgern darauf hinzuwirken, daß Wege zur Verfügung gestellt und erforderlichenfalls angelegt werden.

Entwurf

Beschlüsse des 10. Ausschusses

(3) Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann, soweit es zur Waldbrandverhütung oder zum Schutz der wildlebenden Tiere erforderlich ist, für bestimmte Waldgebiete die Befugnis zum Betreten des Waldes nach Absatz 1 einschränken.

(4) Der Waldbesitzer kann den Zutritt zu bestimmten Waldflächen aus wichtigen Gründen des Forstschutzes, der Wald- oder Wildbewirtschaftung oder zum Schutz der Waldbesucher ausschließen oder beschränken. Er bedarf hierfür der Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde. Die Genehmigung darf nur befristet erteilt werden. Maßnahmen, die zum Schutz der Waldbesucher oder des Waldes sofort getroffen werden müssen, bedürfen keiner Genehmigung.

(5) Andere Vorschriften des öffentlichen Rechts, die das Betreten des Waldes gestatten, dieses Betreten einschränken oder solche Einschränkungen zulassen, bleiben unberührt.

(2 b) Durch Landesgesetz können weitere Benutzungsarten geregelt werden.

(2 c) Wer gemäß den Absätzen 1 bis 2 a den Wald aufsucht, hat dabei die berechtigten Interessen der Waldbesitzer zu beachten und sich so zu verhalten, daß die Erholung der anderen Waldbesucher, die wildlebenden Tiere und ihre Lebensstätten sowie die Wald- und Wildbewirtschaftung nicht mehr als unvermeidbar gestört oder auf andere Weise beeinträchtigt werden. Für Schäden, die aus mißbräuchlicher Ausübung des Rechts zum Betreten des Waldes entstehen, haftet der Verursacher.

(3) Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann, soweit es zur Waldbrandverhütung oder zum Schutze der wildlebenden Tiere erforderlich ist, für bestimmte Waldgebiete die Befugnis zum Betreten des Waldes nach den Absätzen 1 bis 2 a einschränken.

(4) Der Waldbesitzer kann das Betreten bestimmter Waldflächen mit Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde ausschließen oder beschränken (Sperrung des Waldes). Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Sperrung

1. aus wichtigen Gründen des Forstschutzes, der Wald- oder Wildbewirtschaftung,
2. zum Schutz der Waldbesucher oder
3. zur Vermeidung erheblicher Schäden oder zur Wahrung anderer schutzwürdiger Interessen des Waldbesitzers

erforderlich ist. Die Genehmigung kann widerrufen oder befristet erteilt werden. Maßnahmen, die zum Schutz der Waldbesucher oder des Waldes unverzüglich getroffen werden müssen, bedürfen keiner Genehmigung. Ist die Sperrung länger als 48 Stunden erforderlich, so ist eine Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde unverzüglich einzuholen.

(5) Andere Vorschriften des öffentlichen Rechts, die das Betreten des Waldes gestatten, dieses Betreten einschränken oder solche Einschränkungen zulassen, bleiben unberührt. Dies gilt nicht für Vorschriften des öffentlichen Rechts, die das Betreten des Waldes zu Erholungszwecken regeln, soweit sie das Betreten über die Absätze 1 bis 5 hinaus einschränken.

Drittes Kapitel Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse

ABSCHNITT I Allgemeine Vorschrift

§ 13

Arten der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse

Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse im Sinne dieses Gesetzes sind anerkannte Forstbetriebsge-

Drittes Kapitel Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse

ABSCHNITT I Allgemeine Vorschrift

§ 13

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 10. Ausschusses

meinschaften (Abschnitt II), Forstbetriebsverbände (Abschnitt III) und anerkannte Forstwirtschaftliche Vereinigungen (Abschnitt IV).

ABSCHNITT II

Forstbetriebsgemeinschaften

§ 14

Begriff

Forstbetriebsgemeinschaften sind privatrechtliche Zusammenschlüsse von Grundbesitzern, die den Zweck verfolgen, die Bewirtschaftung der angeschlossenen Waldflächen und der zur Aufforstung bestimmten Grundstücke (Grundstücke) zu verbessern, insbesondere die Nachteile geringer Flächengröße, ungünstiger Flächengestalt, der Besitzersplitterung, der Gemengelage, des unzureichenden Waldaufschlusses oder anderer Strukturmängel zu überwinden.

§ 15

Aufgaben der Forstbetriebsgemeinschaft

Die Forstbetriebsgemeinschaft muß mindestens eine der folgenden Maßnahmen zur Aufgabe haben:

1. Abstimmung der Betriebspläne, Betriebsgutachten und Wirtschaftspläne sowie der einzelnen forstlichen Vorhaben;
2. Abstimmung der für die forstwirtschaftliche Erzeugung wesentlichen Vorhaben und Absatz des Holzes oder sonstiger Forstprodukte;
3. Ausführung der Forstkulturen, Bodenverbesserungen und Bestandspflegearbeiten einschließlich des Forstschutzes;
4. Bau und Unterhaltung von Wegen;
5. Durchführung des Holzeinschlages, der Holzaufarbeitung und der Holzbringung;
6. Beschaffung und Einsatz von Maschinen und Geräten für mehrere der unter den Nummern 2 bis 5 zusammengefaßten Maßnahmen.

§ 16

Anerkennung

(1) Eine Forstbetriebsgemeinschaft wird von der nach Landesrecht zuständigen Behörde auf Antrag anerkannt, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllt:

1. Sie muß eine juristische Person des Privatrechts sein;
2. sie muß nach Größe, Lage und Zusammenhang aller angeschlossenen Grundstücke eine wesentliche Verbesserung der Bewirtschaftung ermöglichen;
3. die Satzung oder der Gesellschaftsvertrag muß Bestimmungen enthalten über

ABSCHNITT II

Forstbetriebsgemeinschaften

§ 14

unverändert

§ 15

Aufgaben der Forstbetriebsgemeinschaft

Die Forstbetriebsgemeinschaft muß mindestens eine der folgenden Maßnahmen zur Aufgabe haben:

1. Abstimmung der Betriebspläne **oder** Betriebsgutachten und **der** Wirtschaftspläne sowie der einzelnen forstlichen Vorhaben;
2. **unverändert**
3. **unverändert**
4. **unverändert**
5. **unverändert**
6. **unverändert**

§ 16

Anerkennung

(1) Eine Forstbetriebsgemeinschaft wird von der nach Landesrecht zuständigen Behörde auf Antrag anerkannt, wenn sie folgende Voraussetzung erfüllt:

1. **unverändert**
2. **unverändert**
3. die Satzung oder der Gesellschaftsvertrag muß Bestimmungen enthalten über

Entwurf	Beschlüsse des 10. Ausschusses
a) die Aufgabe;	a) unverändert
b) die Finanzierung der Aufgabe;	b) unverändert
c) das Recht und die Pflicht der Forstbetriebsgemeinschaft, über die Erfüllung der Aufgabe zu wachen;	c) unverändert
d) Vertragsstrafen bei schuldhaftem Verstoß gegen wesentliche Mitgliedschaftspflichten;	d) Ordnungsstrafen oder Vertragsstrafen bei schuldhaftem Verstoß gegen wesentliche Mitgliedschaftspflichten;
e) die Verpflichtung der Mitglieder, das zur Veräußerung bestimmte Holz ganz oder teilweise durch die Forstbetriebsgemeinschaft zum Verkauf anbieten zu lassen, sofern sie den Absatz des Holzes zur Aufgabe hat.	e) unverändert
4. Wird die Rechtsform der Genossenschaft oder des rechtsfähigen Vereins mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb gewählt, so muß die Satzung ferner bestimmen:	4. unverändert
a) die Voraussetzungen für Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft, wobei die Mitgliedschaft frühestens zum Schluß des dritten vollen Geschäftsjahres gekündigt werden kann und die Kündigungsfrist mindestens ein Jahr betragen muß;	
b) die Organe, ihre Aufgaben und die Art der Beschlußfassung. Dabei muß bestimmt sein, daß Beschlüsse über Art und Umfang der durchzuführenden forstlichen Maßnahmen sowie über gemeinsame Verkaufsregeln, soweit nicht die Beschlußfassung darüber nach der Satzung dem Vorstand zusteht, durch die General- oder Mitgliederversammlung zu fassen sind und einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen bedürfen;	
5. wird die Rechtsform einer Kapitalgesellschaft gewählt, so muß gewährleistet sein, daß die Gesellschafter die Aufgabe mindestens drei volle Geschäftsjahre lang gemeinsam verfolgen;	5. unverändert
6. sie muß mindestens sieben Mitglieder umfassen;	6. unverändert
7. sie muß einen wesentlichen Wettbewerb auf dem Holzmarkt bestehen lassen.	7. unverändert
(2) Die Verpflichtung nach Absatz 1 Nr. 3 Buchstabe e gilt nicht für die Holzmenge, für die Mitglieder vor ihrem Beitritt Kaufverträge abgeschlossen haben; sie haben die Forstbetriebsgemeinschaft über Umfang und Dauer dieser Verträge vor dem Beitritt zu unterrichten.	(2) unverändert

(3) Gehören einer Forstbetriebsgemeinschaft Gemeinschaftsforsten an, so kann sie anerkannt werden, wenn sie weniger als sieben Mitglieder umfaßt.

§ 17

Verleihung der Rechtsfähigkeit an Vereine

Hat der forstwirtschaftliche Zusammenschluß die Rechtsform des rechtsfähigen Vereins mit wirtschaft-

§ 17

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 10. Ausschusses

lichem Geschäftsbetrieb gewählt, so kann ihm durch die für die Anerkennung zuständige Behörde gleichzeitig mit der Anerkennung die Rechtsfähigkeit nach § 22 des Bürgerlichen Gesetzbuches verliehen werden.

§ 18

Widerruf der Anerkennung

Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann die Anerkennung widerrufen, wenn eine Anerkennungsvoraussetzung nicht mehr vorliegt oder wenn die Forstbetriebsgemeinschaft ihre Aufgabe während eines längeren Zeitraumes nicht oder unzulänglich erfüllt hat.

ABSCHNITT III

Forstbetriebsverbände

§ 19

Begriff und Aufgabe

(1) Forstbetriebsverbände sind Zusammenschlüsse von Grundstückseigentümern in der Form von Körperschaften des öffentlichen Rechts, die den in § 14 bezeichneten Zweck verfolgen.

(2) Für die Aufgabe gilt § 15 entsprechend. Sie kann nicht auf die gemeinschaftliche Durchführung einheitlicher Betriebspläne erstreckt werden.

§ 20

Voraussetzungen für die Bildung eines Forstbetriebsverbandes

(1) Ein Forstbetriebsverband kann nur für forstwirtschaftlich besonders ungünstig strukturierte Gebiete gebildet werden.

(2) Weitere Voraussetzungen sind, daß

1. der Zusammenschluß nach Größe, Lage und Zusammenhang der in Betracht kommenden Grundstücke eine wesentliche Verbesserung der Bewirtschaftung ermöglicht;
2. der Zusammenschluß einen wesentlichen Wettbewerb auf dem Holzmarkt bestehen läßt;
3. mindestens zwei Drittel der Grundstückseigentümer, die zugleich mindestens zwei Drittel der Fläche vertreten, der Bildung zustimmen;
4. eine an alle betroffenen Grundstückseigentümer gerichtete Aufforderung der nach Landesrecht zuständigen Behörde, eine Forstbetriebsgemeinschaft (Abschnitt II) zu gründen, ohne Erfolg geblieben ist.

(3) Bei der Aufforderung nach Absatz 2 Nr. 4 hat die Behörde eine Frist zu setzen. Die Frist soll in der Regel ein Jahr betragen und darf zwei Jahre nicht überschreiten.

§ 18

unverändert

ABSCHNITT III

Forstbetriebsverbände

§ 19

unverändert

§ 20

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 10. Ausschusses

(4) Grundstücke, die besonderen öffentlichen Zwecken dienen oder zu dienen bestimmt sind, können nur mit Einwilligung der Nutzungsberechtigten in einen Forstbetriebsverband einbezogen werden.

§ 21

Bildung eines Forstbetriebsverbandes

(1) Zur Bildung eines Forstbetriebsverbandes hält die nach Landesrecht zuständige Behörde eine einleitende Versammlung ab, stellt einen Satzungsentwurf und ein vorläufiges Verzeichnis der beteiligten Grundstücke und ihrer Eigentümer auf und beruft die Gründungsversammlung ein.

(2) Die Satzung bedarf der Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde.

(3) Der Forstbetriebsverband entsteht mit der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung.

(4) Die Landesregierungen werden ermächtigt, Einzelheiten des Gründungsverfahrens, der Genehmigung und Bekanntmachung der Satzung durch Rechtsverordnung zu regeln. Die Landesregierungen können ihre Befugnis auf oberste Landesbehörden übertragen.

§ 22

Mitgliedschaft

(1) Mitglieder eines Forstbetriebsverbandes sind die Eigentümer der beteiligten Grundstücke. Ist ein anderer als der Eigentümer Nutzungsberechtigter, so kann er für die Dauer seines Nutzungsrechtes mit Einverständnis des Eigentümers dessen Rechte und Pflichten übernehmen. Die Übernahme der Rechte und Pflichten ist ebenso wie das Einverständnis des Eigentümers schriftlich gegenüber dem Forstbetriebsverband zu erklären.

(2) Die Satzung kann den Beitritt weiterer Mitglieder zulassen.

§ 23

Satzung

(1) Die Satzung wird von den Mitgliedern mit der in § 20 Abs. 2 Nr. 3 bezeichneten Mehrheit beschlossen.

(2) Die Satzung des Forstbetriebsverbandes muß Vorschriften enthalten über:

1. seinen Namen und seinen Sitz;
2. seine Aufgabe;
3. die Rechte und Pflichten der Mitglieder;
4. das Stimmrecht der Mitglieder;
5. seine Verfassung, seine Verwaltung und seine Vertretung;
6. den Maßstab für die Umlagen und die Bemessungsgrundlage für Beiträge;

§ 21

Bildung eines Forstbetriebsverbandes

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) Die Landesregierungen werden ermächtigt, Einzelheiten des Gründungsverfahrens, der Genehmigung und Bekanntmachung der Satzung durch Rechtsverordnung zu regeln. Die Landesregierungen können **diese Ermächtigung** auf oberste Landesbehörden übertragen.

§ 22

unverändert

§ 23

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 10. Ausschusses

7. das Haushaltswesen, die Wirtschafts- und Kassenführung sowie die Rechnungsführung;
8. die Verwendung des Vermögens bei Auflösung des Forstbetriebsverbandes.

(3) Die Vorschriften des § 16 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe e und Absatz 2 gelten entsprechend.

§ 24

Organe des Forstbetriebsverbandes

Organe des Forstbetriebsverbandes sind die Verbandsversammlung, der Vorstand und, sofern es die Satzung vorsieht, der Verbandsausschuß.

§ 25

Aufgaben der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung wählt den Vorstand und dessen Vorsitzenden. Sie beschließt über

1. die Höhe der Umlagen und Beiträge;
2. den Haushaltsplan, die Jahresrechnung und die Verwendung von Erträgen;
3. die Entlastung des Vorstandes;
4. die Änderung der Satzung;
5. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken durch den Forstbetriebsverband;
6. die Auflösung des Forstbetriebsverbandes;
7. die ihr in der Satzung zugewiesenen Angelegenheiten.

§ 26

Vorsitz in der Verbandsversammlung,
Einberufung und Stimmenverhältnis

(1) Den Vorsitz in der Verbandsversammlung führt der Vorsitzende des Vorstandes.

(2) Der Vorsitzende hat die Verbandsversammlung jährlich mindestens einmal einzuberufen. Er muß sie einberufen, wenn dies von mindestens zwei Zehnteln der Mitglieder oder von der Aufsichtsbehörde schriftlich unter Angabe der Tagesordnung verlangt wird.

(3) Das Stimmrecht der Mitglieder ist nach der Größe ihrer Grundstücke in der Satzung festzulegen. Jedes Mitglied hat mindestens eine Stimme. Kein Mitglied darf mehr als zwei Fünftel der Gesamtstimmen haben. Die Verbandsversammlung beschließt mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit in diesem Gesetz oder in der Satzung nichts anderes bestimmt ist.

§ 27

Vorstand

(1) Der Vorstand des Forstbetriebsverbandes besteht aus dem Vorsitzenden und mindestens zwei weiteren Mitgliedern.

§ 24

unverändert

§ 25

unverändert

§ 26

unverändert

§ 27

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 10. Ausschusses

(2) Der Vorstand führt die Geschäfte des Verbandes. Er vertritt ihn gerichtlich und außergerichtlich.

§ 28

Verbandsausschuß

In der Satzung kann bestimmt werden, daß ein Verbandsausschuß gebildet wird. Diesem können in der Satzung unbeschadet des § 25 Angelegenheiten von geringerer Bedeutung zur Beschlußfassung zugewiesen werden. Ferner kann bestimmt werden, daß der Verbandsausschuß bei bestimmten Verwaltungsaufgaben des Vorstandes mitwirkt.

§ 29

Änderung der Satzung

(1) Über eine Änderung der Satzung beschließt die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen aller Mitglieder.

(2) Die Satzungsänderung bedarf der Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde. Die Änderung wird mit ihrer öffentlichen Bekanntmachung wirksam.

§ 30

Ausscheiden von Grundstücken

(1) Grundstücke, deren forstwirtschaftliche Nutzung oder Bestimmung sich auf Grund einer Rechtsvorschrift oder einer behördlichen Anordnung oder Erlaubnis endgültig ändert, scheiden aus dem Verbandswald mit der Beendigung der Umwandlung aus.

(2) Im übrigen bedarf das Ausscheiden eines Grundstücks aus dem Verbandswald der Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Sie ist zu versagen, wenn das Ausscheiden die Durchführung der Aufgabe des Forstbetriebsverbandes gefährden würde. Für die in § 20 Abs. 4 bezeichneten Grundstücke ist die Genehmigung zu erteilen, wenn die Nutzungsberechtigten es verlangen.

§ 31

Umlage, Beiträge

(1) Der Forstbetriebsverband erhebt von den Mitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken. Die Umlage soll regelmäßig nach der Größe der zum Forstbetriebsverband gehörenden Grundstücke bemessen werden. Ein anderer Maßstab kann zugrunde gelegt werden, wenn dies angemessen ist.

(2) Der Forstbetriebsverband kann von den Mitgliedern für bestimmte Zwecke oder Leistungen Beiträge erheben.

§ 28

unverändert

§ 29

unverändert

§ 30

unverändert

§ 31

unverändert

Entwurf

§ 32

Aufsicht

(1) Der Forstbetriebsverband unterliegt der Aufsicht der nach Landesrecht zuständigen Behörde. Er bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde

1. zur Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten;
2. zur Aufnahme von Darlehen und zur Übernahme von Bürgschaften.

(2) Im übrigen bestimmt sich die Aufsicht über den Forstbetriebsverband nach Landesrecht.

§ 33

Verbandsverzeichnis

Der Forstbetriebsverband führt ein Verzeichnis der beteiligten Grundstücke, der Eigentümer und ihrer Stimmrechte. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung Näheres über die Anlegung und Führung des Verbandsverzeichnisses zu bestimmen. Die Landesregierungen können *ihre Befugnis* auf oberste Landesbehörden übertragen.

§ 34

Auflösung des Forstbetriebsverbandes

(1) Die Verbandsversammlung kann mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der Stimmen aller Mitglieder die Auflösung des Forstbetriebsverbandes beschließen.

(2) Der Beschluß bedarf der Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde.

ABSCHNITT IV

Forstwirtschaftliche Vereinigungen

§ 35

Begriff und Aufgabe

(1) Forstwirtschaftliche Vereinigungen sind privatrechtliche Zusammenschlüsse von anerkannten Forstbetriebsgemeinschaften, Forstbetriebsverbänden oder nach Landesrecht gebildeten Waldwirtschaftsgenossenschaften oder ähnlichen Zusammenschlüssen einschließlich der Gemeinschaftsforsten zu dem ausschließlichen Zweck, auf die Anpassung der forstwirtschaftlichen Erzeugung und des Absatzes von Forsterzeugnissen an die Erfordernisse des Marktes hinzuwirken.

(2) Forstwirtschaftliche Vereinigungen dürfen nur folgende Maßnahmen zur Aufgabe haben:

Beschlüsse des 10. Ausschusses

§ 32

Aufsicht

(1) *unverändert*

(2) Im übrigen bestimmt sich die Aufsicht über den Forstbetriebsverband nach Landesrecht. **Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Befugnisse der Aufsichtsbehörde im einzelnen zu regeln; sie können diese Ermächtigungen auf oberste Landesbehörden übertragen.**

§ 33

Verbandsverzeichnis

Der Forstbetriebsverband führt ein Verzeichnis der beteiligten Grundstücke, der Eigentümer und ihrer Stimmrechte. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung Näheres über die Anlegung und Führung des Verbandsverzeichnisses zu bestimmen. Die Landesregierungen können **diese Ermächtigung** auf oberste Landesbehörden übertragen.

§ 34

unverändert

ABSCHNITT IV

Forstwirtschaftliche Vereinigungen

§ 35

Begriff und Aufgabe

(1) *unverändert*

(2) Forstwirtschaftliche Vereinigungen dürfen nur folgende Maßnahmen zur Aufgabe haben:

Entwurf

1. Unterrichtung und Beratung der Mitglieder;
2. Koordinierung des Absatzes;
3. marktgerechte Aufbereitung und Lagerung der Erzeugnisse;
4. Beschaffung und Einsatz von Maschinen und Geräten.

§ 36

Anerkennung

(1) Eine Forstwirtschaftliche Vereinigung wird durch die nach Landesrecht zuständige Behörde auf Antrag anerkannt, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllt:

1. Sie muß eine juristische Person des Privatrechts sein;
2. sie muß geeignet sein, auf die Anpassung der forstwirtschaftlichen Erzeugung und des Absatzes von Forsterzeugnissen nachhaltig hinzuwirken;
3. ihre Satzung oder ihr Gesellschaftsvertrag muß Bestimmungen enthalten über
 - a) ihre Aufgabe;
 - b) die Finanzierung der Aufgabe;
4. sie muß einen wesentlichen Wettbewerb auf dem Holzmarkt bestehen lassen.

(2) Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann bei der Anerkennung den Beitritt einzelner Grundbesitzer, die nicht Mitglied einer Forstbetriebsgemeinschaft oder eines Forstbetriebsverbandes sein können, zu der Forstwirtschaftlichen Vereinigung zulassen.

(3) Die §§ 17 und 18 gelten entsprechend.

ABSCHNITT VI

Ergänzende Vorschriften

§ 37

Sonstige Zusammenschlüsse in der Forstwirtschaft

(1) Die nach der Verordnung über die Bildung wirtschaftlicher Zusammenschlüsse in der Forstwirtschaft vom 7. Mai 1943 (Reichsgesetzbl. I S. 298) gebildeten Forstverbände stehen den Forstbetriebsverbänden gleich, soweit deren Zweck sich nicht ganz oder überwiegend auf die Einstellung von Personal beschränkt.

(2) Sofern die in Absatz 1 genannten Forstbetriebsverbände ihre Satzung nicht den Vorschriften des Gesetzes über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse vom 1. September 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1543) fristgerecht angepaßt haben, kann die nach Landesrecht zuständige Behörde eine mit § 23 in Einklang stehende Satzung erlassen.

Beschlüsse des 10. Ausschusses

1. Unterrichtung und Beratung der Mitglieder **so- wie Beteiligung an der forstlichen Rahmenplanung;**
2. unverändert
3. unverändert
4. unverändert

§ 36

Anerkennung

(1) unverändert

(2) Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann den Beitritt einzelner Grundbesitzer, die nicht Mitglied einer Forstbetriebsgemeinschaft oder eines Forstbetriebsverbandes sein können, zu der Forstwirtschaftlichen Vereinigung zulassen.

(3) unverändert

ABSCHNITT VI

Ergänzende Vorschriften

§ 37

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 10. Ausschusses

(3) Die nach Landesrecht bisher anerkannten forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse des privaten Rechts stehen den anerkannten Forstbetriebsgemeinschaften gleich, bis sie nach § 16 ausdrücklich anerkannt sind, längstens jedoch vier Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes. Das gleiche gilt für nicht förmlich anerkannte Zusammenschlüsse des privaten Rechts und für Grundbesitzer, die mit einer Forstbehörde Verträge über gemeinschaftliche Betreuung abgeschlossen haben, wenn die nach Landesrecht zuständige Behörde feststellt, daß diese bisher mindestens die Voraussetzungen des § 15 und des § 16 Abs. 1 Nr. 2, 6 und 7 erfüllt haben und förderungswürdig sind.

(4) Im übrigen bleiben die landesrechtlichen Vorschriften über Zusammenschlüsse in der Forstwirtschaft unberührt.

§ 38

**Befreiung von Vorschriften des Gesetzes
gegen Wettbewerbsbeschränkungen**

(1) § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen findet keine Anwendung auf Beschlüsse von anerkannten Forstbetriebsgemeinschaften und von Forstbetriebsverbänden, soweit sie die forstwirtschaftliche Erzeugung und den Absatz von Forsterzeugnissen betreffen. Das gleiche gilt für die nach Landesrecht gebildeten öffentlich-rechtlichen Waldwirtschaftsgenossenschaften und ähnliche Zusammenschlüsse in der Forstwirtschaft, sofern sie einen wesentlichen Wettbewerb auf dem Holzmarkt bestehen lassen.

(2) Eine anerkannte Forstwirtschaftliche Vereinigung im Sinne dieses Gesetzes darf ihre Mitglieder bei der Preisbildung beraten und zu diesem Zweck gegenüber ihren Mitgliedern Preisempfehlungen aussprechen.

(3) Im übrigen bleiben die Vorschriften des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen unberührt. In den Fällen der Absätze 1 und 2 findet § 104 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen entsprechende Anwendung.

Viertes Kapitel

**Förderung der Forstwirtschaft, Entschädigung,
Aufwendungsersatz, Auskunftspflicht**

§ 39

Förderung

(1) Die Forstwirtschaft soll wegen der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes nach § 1 öffentlich gefördert werden.

(2) Die Förderung soll insbesondere auf die Sicherung der allgemeinen Bedingungen für die Wirt-

§ 38

unverändert

Viertes Kapitel

**Förderung der Forstwirtschaft, Entschädigung,
Aufwendungsersatz, Auskunftspflicht**

§ 39

Förderung

(1) **unverändert**

(2) Die Förderung soll insbesondere auf die Sicherung der allgemeinen Bedingungen für die

Entwurf

schaftlichkeit von Investitionen zur Erhaltung und nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes gerichtet sein. Zu diesem Zweck ist die Forstwirtschaft unter Berücksichtigung ihrer naturbedingten und wirtschaftlichen Besonderheiten vor allem mit den Mitteln der Wirtschafts-, Agrar- und Steuerpolitik in den Stand zu setzen, den Wald unter wirtschaftlich angemessenen Bedingungen zu nutzen und zu erhalten.

(3) Die Bundesregierung berichtet dem Deutschen Bundestag in dem Bericht nach § 4 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 565) auf Grund der Wirtschaftsergebnisse der Staatsforstverwaltungen und der Forstbetriebsstatistik über die Lage und Entwicklung der Forstwirtschaft des Bundesgebietes sowie über die zur Förderung der Forstwirtschaft erforderlichen Maßnahmen.

(4) Der Bund beteiligt sich an der finanziellen Förderung der Forstwirtschaft nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 3. September 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1573), geändert durch das Gesetz zur Änderung der Gesetze über die Gemeinschaftsaufgaben vom 23. Dezember 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 2140).

(5) Staatliche Zuwendungen auf Grund des in Absatz 4 genannten Gesetzes können erhalten:

1. forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse im Sinne dieses Gesetzes und nach § 37 gleichgestellte sonstige Zusammenschlüsse in der Forstwirtschaft sowie die nach Landesrecht gebildeten öffentlich-rechtlichen Waldwirtschaftsgenossenschaften und ähnliche Zusammenschlüsse einschließlich der Gemeinschaftsforsten, sofern ihre Aufgabe sich auf die Verbesserung der forstwirtschaftlichen Erzeugung oder die Förderung des Absatzes von Forsterzeugnissen erstreckt und sie einen wesentlichen Wettbewerb auf dem Holzmarkt bestehen lassen;
2. Inhaber land- oder forstwirtschaftlicher Betriebe oder Grundbesitzer, soweit ihre forstlichen Vorhaben nicht über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse gefördert werden.

Beschlüsse des 10. Ausschusses

Wirtschaftlichkeit von Investitionen zur Erhaltung und nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes gerichtet sein. Zu diesem Zweck ist die Forstwirtschaft unter Berücksichtigung ihrer naturbedingten und wirtschaftlichen Besonderheiten vor allem mit den Mitteln der Wirtschafts-, **Verkehrs-**, Agrar-, **Sozial-** und Steuerpolitik in den Stand zu setzen, den Wald unter wirtschaftlich angemessenen Bedingungen zu nutzen und zu erhalten.

(3) Die Bundesregierung berichtet dem Deutschen Bundestag in dem Bericht nach § 4 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 565) auf Grund der Wirtschaftsergebnisse der Staatsforstverwaltungen und der Forstbetriebsstatistik über die Lage und Entwicklung der Forstwirtschaft **und der Struktur der Holzwirtschaft** des Bundesgebietes sowie über die zur Förderung der Forstwirtschaft erforderlichen Maßnahmen. **Dieser Bericht erstreckt sich auch auf die Belastungen aus der Schutz- und Erholungsfunktion.**

(4) Der Bund beteiligt sich **unbeschadet des § 39 a** an der finanziellen Förderung der Forstwirtschaft nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 3. September 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1573), geändert durch das Gesetz zur Änderung der Gesetze über die Gemeinschaftsaufgaben vom 23. Dezember 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 2140).

(5) **unverändert**

§ 39 a

Finanzhilfen des Bundes

Der Bund gewährt den Ländern zur mittelbaren Förderung des wirtschaftlichen Wachstums Finanzhilfen zum Schutz und zur Erhaltung des Waldes. Die Finanzhilfen dürfen nur für Investitionen

1. **für die Anlage und Unterhaltung von Schutzwald einschließlich seiner Einrichtungen,**
2. **für die Anlage und Unterhaltung von Erholungs- wald einschließlich seiner Einrichtungen und**

Entwurf

Beschlüsse des 10. Ausschusses

3. für die Vermeidung oder Minderung von Schäden am Wald

verwendet werden, soweit eine Förderung nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nicht durchgeführt werden kann.

§ 39 b

Umfang der Finanzhilfen

(1) Finanzhilfen werden nach Maßgabe der im Bundeshaushalt bereitgestellten Mittel gewährt.

(2) Die Förderung einer Maßnahme aus den Finanzhilfen ist bis zu 50 vom Hundert der zuwendungsfähigen Kosten zulässig.

§ 39 c

Verwendung der Finanzhilfen

(1) Zum Einsatz der Finanzhilfen des Bundes sind für den Zeitraum der mehrjährigen Finanzplanung nach Maßgabe der Absätze 2 bis 4 Programme für Maßnahmen zum Schutz und zur Erhaltung des Waldes aufzustellen. Sie sind vor Beginn eines jeden weiteren Jahres der Entwicklung anzupassen und fortzuführen.

(2) Die obersten Landesbehörden für die Forstwirtschaft stellen Programme für die Maßnahmen zum Schutz und zur Erhaltung des Waldes auf, für die Finanzhilfen nach § 39 a in Betracht kommen. Die Maßnahmen sind mit anderen vom Bund oder von den Ländern zu fördernden Maßnahmen, insbesondere der Förderung im Rahmen des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, abzustimmen.

(3) In die Programme dürfen Maßnahmen nur aufgenommen werden, wenn ihre Finanzierung im übrigen gesichert ist. Die Programme sind abzustellen auf die voraussichtlich zur Verfügung stehenden Mittel. Weitere Maßnahmen können nachrichtlich aufgenommen werden.

(4) Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten berät über die Programme der Länder mit den in Absatz 2 genannten Landesbehörden, insbesondere über die vorgesehenen Maßnahmen, die Zeit für ihre Durchführung, die Höhe der Finanzhilfen des Bundes und die Beteiligung der Länder und Dritter an der Förderung der Maßnahmen. Auf der Grundlage dieser Beratung stellt der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unter Abstimmung mit anderen im Zusammenhang stehenden Maßnahmen ein Bundesprogramm für den Einsatz der Finanzhilfen des Bundes auf. Er teilt entsprechend dem Bundesprogramm die als Finanzhilfen bestimmten Bundesmittel den Ländern zu.

Entwurf

Beschlüsse des 10. Ausschusses

(5) Die Bewilligung der Mittel für die einzelnen Maßnahmen erfolgt durch die Länder.

(6) Die Finanzhilfen dürfen nur für Maßnahmen verwendet werden, die in das Bundesprogramm aufgenommen sind.

§ 39 d

Mitteilung über die Verwendung der Finanzhilfen

(1) Die Finanzhilfen, die der Bund den Ländern nach § 39 a gewährt, sind Zuwendungen im Sinne der Bundeshaushaltsordnung.

(2) Die Länder weisen dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten jeweils für ein Haushaltsjahr die zweckentsprechende Verwendung der Finanzhilfen nach durch Mitteilung der Art und Zahl der geförderten Maßnahmen, der Summe der für diese Maßnahmen angefallenen zuwendungsfähigen Kosten sowie der Summe der aus den Finanzhilfen ausgezahlten Zuwendungen.

§ 40

Entschädigung

(1) Soweit durch Versagung einer Umwandlungsgenehmigung nach § 8 oder einer Genehmigung zur Erstaufforstung nach § 9 oder durch Erklärung von Wald zu Schutzwald nach § 11 eine bisher zulässige Nutzung aufgehoben oder eingeschränkt wird, eine wesentliche Wertminderung eines Grundstückes eintritt, besondere Aufwendungen notwendig sind, die über das bei ordnungsgemäßer Nutzung eines Grundstückes erforderliche Maß hinausgehen, oder ein anderer nicht nur unwesentlicher Vermögensnachteil verursacht wird, ist vom Land oder der nach Landesrecht zuständigen Stelle eine Entschädigung in Geld zu leisten.

(2) Der Eigentümer des Grundstückes kann an Stelle der Entschädigung nach Absatz 1 vom Land oder von der nach Landesrecht zuständigen Stelle die Übernahme des Grundstückes verlangen, wenn es ihm mit Rücksicht auf die zugefügten Vermögensnachteile wirtschaftlich nicht mehr zuzumuten ist, das Grundstück zu behalten. Kommt eine Einigung über die Übernahme nicht zustande, so kann der Eigentümer die Entziehung des Eigentums an dem Grundstück verlangen. Hinsichtlich des Enteignungsverfahrens sind die §§ 104, 107 bis 122 des Bundesbaugesetzes entsprechend anzuwenden. Für die Bemessung der Entschädigung gelten § 93 Abs. 2 bis 4, § 94 Abs. 1 und die §§ 95 bis 103 des Bundesbaugesetzes entsprechend.

(3) Für die Bemessung der Entschädigung nach Absatz 1 gelten § 93 Abs. 3 und 4 und § 99 des Bundesbaugesetzes entsprechend.

§ 40

Entschädigung

(1) Soweit durch Versagung einer Umwandlungsgenehmigung nach § 8 oder einer Genehmigung zur Erstaufforstung nach § 9 oder durch Erklärung von Wald zu Schutzwald nach § 11 **oder zu Erholungswald nach § 11 a** eine bisher zulässige Nutzung aufgehoben oder eingeschränkt wird, eine wesentliche Wertminderung eines Grundstückes eintritt, besondere Aufwendungen notwendig sind, die über das bei ordnungsgemäßer Nutzung eines Grundstückes erforderliche Maß hinausgehen, oder ein anderer nicht nur unwesentlicher Vermögensnachteil verursacht wird, ist vom Land oder der nach Landesrecht zuständigen Stelle eine Entschädigung in Geld zu leisten.

(2) **unverändert**

(3) **unverändert**

Entwurf

Beschlüsse des 10. Ausschusses

§ 41

§ 41

Aufwendungsersatz

unverändert

Aufwendungen für den Schutz des Waldes und für Zwecke der Erholung, die nicht auf der Verpflichtung des Waldbesitzers zu einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung des Waldes nach § 10 beruhen, werden von der nach Landesrecht zuständigen Behörde ganz oder teilweise erstattet, wenn die Erstattung der Aufwendungen von ihr vorher zugesichert worden ist. § 93 Abs. 3 des Bundesbaugesetzes gilt entsprechend.

§ 42

§ 42

Auskunftspflicht

unverändert

(1) Natürliche und juristische Personen und nicht rechtsfähige Personenvereinigungen haben den zuständigen Behörden auf Verlangen die Auskünfte zu erteilen, die zur Durchführung der den Behörden durch dieses Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes übertragenen Aufgaben erforderlich sind.

(2) Der Auskunftspflichtige kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 bis 3 der Zivilprozeßordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

(3) Auf die nach Absatz 1 erlangten Kenntnisse und Unterlagen ist § 179 der Reichsabgabenordnung über die Auskunftspflicht der öffentlichen Behörden und Beamten gegenüber den Finanzämtern nicht anzuwenden. Dies gilt nicht für solche Tatsachen, die in Zusammenhang mit der Gewährung von Zuwendungen nach § 39 bekannt geworden sind.

§ 43

§ 43

Verletzung der Auskunftspflicht

unverändert

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 42 Abs. 1 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zwanzigtausend Deutsche Mark geahndet werden.

Fünftes Kapitel

Fünftes Kapitel

Schlußvorschriften

Schlußvorschriften

§ 44

§ 44

Allgemeine Verwaltungsvorschriften

Allgemeine Verwaltungsvorschriften

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erläßt mit Zustimmung des Bundesrates

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erläßt mit Zustimmung des Bundesrates

Entwurf

die zur Durchführung *dieses Gesetzes* erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften.

§ 45

Anwendung des Gesetzes in besonderen Fällen

(1) Auf Flächen, die Zwecken

1. der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung,
2. des Bundesgrenzschutzes oder
3. des zivilen Luftverkehrs

dienen, sind die §§ 5, 6 und 8 bis 11 dieses Gesetzes und die in Ergänzung hierzu erlassenen Vorschriften nur anzuwenden, soweit dadurch die bestimmungsgemäße Nutzung nicht beeinträchtigt wird.

(2) Soll bei Vorhaben, die den in Absatz 1 Nr. 1 und 2 genannten Zwecken dienen, Wald in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (§ 8), eine Fläche erstmals aufgeforstet (§ 9) oder Schutzwald (§ 11) für die in Absatz 1 Nr. 1 und 2 genannten Zwecke verwendet werden, so ist die höhere Forstbehörde zu hören. Ist es erforderlich, von der Stellungnahme dieser Behörde abzuweichen, so entscheidet hierüber der zuständige Bundesminister im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministern und im Benehmen mit der nach Landesrecht zuständigen obersten Landesbehörde. Findet ein Anhörungsverfahren nach § 1 Landbeschaffungsgesetz, § 1 Schutzbereichsgesetz oder § 30 Abs. 3 Luftverkehrsgesetz statt, so sind die forstlichen Erfordernisse in diesem Verfahren abschließend zu erörtern.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht im Land Berlin.

§ 46

Änderung von Vorschriften

Das Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 341), zuletzt geändert durch das Kostenermächtigungs-Änderungsgesetz wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 5 Satz 1 wird das Wort „Landwirtschaft“ durch die Worte „Land- und Forstwirtschaft“ ersetzt;
2. in § 1 Abs. 5 Satz 2 wird das Wort „Landwirtschaftliche“ durch die Worte „Land- und forstwirtschaftliche“ ersetzt.

§ 47

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Beschlüsse des 10. Ausschusses

die zur Durchführung **der §§ 5, 6 und 13 bis 38** erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften.

§ 45

Anwendung des Gesetzes in besonderen Fällen

(1) Auf Flächen, die Zwecken

1. der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung,
2. des Bundesgrenzschutzes oder
3. des zivilen Luftverkehrs

dienen, sind die §§ 5, 6 und 8 bis **11 a** dieses Gesetzes und die in Ergänzung hierzu erlassenen Vorschriften nur anzuwenden, soweit dadurch die bestimmungsgemäße Nutzung nicht beeinträchtigt wird.

(2) Soll bei Vorhaben, die den in Absatz 1 Nr. 1 und 2 genannten Zwecken dienen, Wald in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (§ 8), eine Fläche erstmals aufgeforstet (§ 9), Schutzwald (§ 11) **oder Erholungswald (§ 11 a)** für die in Absatz 1 Nr. 1 und 2 genannten Zwecke verwendet werden, so ist die höhere Forstbehörde zu hören. Ist es erforderlich, von der Stellungnahme dieser Behörde abzuweichen, so entscheidet hierüber der zuständige Bundesminister im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministern und im Benehmen mit der nach Landesrecht zuständigen obersten Landesbehörde. Findet ein Anhörungsverfahren nach § 1 Landbeschaffungsgesetz, § 1 Schutzbereichsgesetz oder § 30 Abs. 3 Luftverkehrsgesetz statt, so sind die forstlichen Erfordernisse in diesem Verfahren abschließend zu erörtern.

(3) **unverändert**

§ 46

unverändert

§ 47

unverändert

Entwurf

§ 48

Inkrafttreten, Aufhebung von Vorschriften

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1974 in Kraft;
§ 44 tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten folgende Vorschriften außer Kraft:

1. das Gesetz über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse vom 1. September 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1543);
2. die Verordnung zur Förderung der Forst- und der Weidewirtschaft vom 7. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 50);
3. das Gesetz gegen Waldverwüstung vom 18. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 37);
4. die Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden in den nicht im Eigentum des Reichs oder der Länder stehenden Waldungen vom 18. Juni 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 721);
5. die Verordnung zur Förderung der Nutzholzgewinnung vom 30. Juli 1937 (Reichsgesetzbl. 1937 I S. 876).

Beschlüsse des 10. Ausschusses

§ 48

Inkrafttreten, Aufhebung von Vorschriften

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar **1975** in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten folgende Vorschriften außer Kraft:

1. das Gesetz über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse vom 1. September 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1543), **geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse vom 6. September 1973 (Bundesgesetzbl. I S. 1305);**
2. unverändert
3. unverändert
4. unverändert
5. unverändert